

2018, das Jahr der Regierungsbildung, des widerborstigen Seehofer, der Causa Maaßen, der Dieselfahrverbote, der neoliberalen Laschet-Regierung, der steigenden Mieten, der maroden Brücken, Straßen und Schulen, des Klimawandels, des Hambacher Waldes...

Das Jahr, in dem der Zustand der Alten- und Krankenpflege und die Kinder- und Altersarmut immer deutlicher werden.

Im Januar wird in den Niederlanden das Telefonbuch abgeschafft.
Der Anlagenhersteller KHS will Stellen im Klever Werk abbauen.

Am 18. Januar zieht das Sturmtief „Friederike“ über Deutschland und andere westeuropäische Länder hinweg.

Martin Schirdewahn übernimmt am 27. Januar offiziell das Büro in Emmerich und lädt zur Eröffnungsfeier ins Linke Zentrum in der Steinstraße ein.

Februar: Wartechaos bei der Ausländerbehörde des Kreises Kleve.

Bei einem Mitgliedervotum der SPD zum Koalitionsvertrag 2018 entfallen am 4. März 66 % der gültigen Stimmen auf die Zustimmung zu einer Großen Koalition mit CDU/CSU.
Am gleichen Tag wird bei den Parlamentswahlen in Italien die 5-Sterne-Bewegung stärkste Kraft.

14. März: Knapp sechs Monate nach der Bundestagswahl 2017 nimmt eine neue deutsche Regierung ihre Arbeit auf.

Stephen Hawkins ist am 14. März in Cambridge verstorben.

19. April: Miguel Díaz-Canel wird in der Nachfolge von Raúl Castro neuer kubanischer Staatspräsident.

Am 22. April wird eine Frau Nahles zur Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt.

1. Mai: Die Polizeiposten in Deutschland sind sich einig. Der 1. Mai 2018 ist einer der friedlichsten der letzten Jahre gewesen. Bei den Nachbarn in Frankreich sah das wie gewohnt anders aus. In Paris steckten Demonstranten eine Mc-Donald's-Filiale und zahlreiche Autos in Brand.

Am 3. Mai klagt der US-Bundesstaat Michigan Martin Winterkorn an. Er soll den Abgasbetrug des VW-Konzerns bewusst verschleiert haben.

8. Mai: Die USA kündigen an, sich aus dem multilateralen Atomabkommen mit dem Iran zurückzuziehen.

11. Mai: Im Vorfeld der am 15. Mai 2018 erfolgten Verabschiedung einer „Neuordnung“ des Polizeiaufgabengesetzes in Bayern kommt es zu Protesten; die Kritik an der Neufassung des Gesetzes wird vom bayerischen Innenminister Joachim Herrmann als „Lügenpropaganda“ bezeichnet.

14. Mai: In Jerusalem wird die dorthin verlagerte Botschaft der Vereinigten Staaten in Israel offiziell eröffnet; bei Protestaktionen dagegen werden an der Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen mehr als 60 Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen und fast 2800 verletzt.

Die bundesweit ersten Dieselfahrverbote zur Luftreinhaltung sind in Hamburg in Kraft getreten. Seit Donnerstag, den 31. Mai Mitternacht gelten auf zwei Straßenabschnitten im Bezirk Altona Durchfahrtsbeschränkungen für ältere Dieselfahrzeuge, die nicht die aktuelle Euro-Norm 6 erfüllen.

1. Juni: In Italien wird eine Koalitionsregierung aus Liga Nord und Fünf-Sterne-Bewegung unter dem Ministerpräsidenten Giuseppe Conte vereidigt.

Causa Maaßen:

Im Sommer 2018 behauptete das ehemalige AfD-Mitglied Franziska Schreiber in einer Buchveröffentlichung, dass Maaßen 2015 bei mehreren Treffen mit der AfD-Chefin Frauke Petry dieser Tipps gegeben habe, wie die AfD eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz vermeiden könne. Die Autorin bekräftigte die Vorwürfe bei einer Pressekonferenz am 8. August 2018 durch die Vorlage einer eidesstattlichen Erklärung. Das Bundesinnenministerium bestätigte zwei Treffen mit Petry, dabei habe es jedoch keine Empfehlungen oder Ratschläge zum Umgang mit Personen oder Strömungen der AfD gegeben. Verschiedene Vertreter der Opposition verlangten weitere Aufklärung über das Treffen. Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums führte Maaßen seit seinem Amtsantritt etwa 196 Gespräche mit Politikern der CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken, FDP und AfD, bei denen es inhaltlich „um Fragen der Gefährdungseinschätzung“ und um „einen allgemeinen Austausch“ gegangen sei. „Die aktive Kommunikation in den öffentlichen und politischen Raum durch den Präsidenten der BfV entsprach und entspricht dem ausdrücklichen Wunsch des Bundesinnenministeriums, die Aufgaben, Fähigkeiten und Sicherheitsbeiträge des Verfassungsschutzes nach dem Vertrauensverlust in Folge der NSU-Morde auch durch den Präsidenten aktiv nach außen darzustellen.“ Die Deutsche Presse-Agentur nannte 237 Gespräche, die Maaßen seit seinem Amtsantritt im August 2012 mit Politikern geführt habe, wovon 121 auf Politiker der CDU/CSU, 69 auf Politiker der SPD, 23 auf Politiker der Grünen, 14 auf Politiker der Linken und jeweils 5 auf Politiker von AfD und FDP entfallen seien.

Am 11. August 2018 bestätigte der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland, dass er ein Gespräch mit Hans-Georg Maaßen geführt habe. Dabei sei es um einen möglichen Russlandagenten in den Reihen der AfD gegangen. In einer Stellungnahme betonte der Verfassungsschutz, dass Hans-Georg Maaßen „selbstverständlich“ keine politische Sympathie für die AfD hege. Zudem setze sich der Verfassungsschutz zwar regelmäßig mit Parlamentariern zusammen, um die Themen Sicherheitslage, Gefährdung von Parteipolitikern und Übergriffe auf Parteieinrichtungen zu debattieren, habe jedoch niemals Ratschläge gegeben, wie sich die AfD einer Beobachtung entziehen könne. Einen Ratschlag von Seiten des Verfassungsschutzes für einen Parteiausschluss gegen Björn Höcke habe es nicht gegeben. Am 11. September 2018 wurde bekannt, dass es nach Angaben von Gauland zu drei Treffen mit Maaßen kam. Zudem gab es laut dem *Spiegel* Kontroversen mit den Landesämtern für Verfassungsschutz über den Umgang mit der Identitären Bewegung. Zitiert wird der Behördenleiter eines Landesamtes mit den Worten, Maaßens Haus habe man „zum Jagen tragen müssen“.

In einem am 7. September 2018 veröffentlichten Interview mit der *Bild*-Zeitung äußerte Maaßen seine Zweifel daran, dass es während der Ausschreitungen in Chemnitz zu „Hetzjagden“ auf ausländisch aussehende Menschen gekommen sei. Dem Verfassungsschutz lägen „keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben“. Auch lägen keine Belege für die Authentizität eines im Internet verbreiteten Videos vor, das eine solche mutmaßliche Jagd zeige.

17. September: Brand in der JVA Kleve.

Am 18. September 2018 wurde bekannt, dass Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach einer Einigung der Regierungskoalition abgesetzt und Staatssekretär im Bundesinnenministerium werden sollte.

„Wald retten – Kohle stoppen“ 6. Oktober: Großveranstaltung am Hambacher Wald.

14. Oktober: Landtagswahl in Bayern

- CSU 37,2%
- Grüne 17,5%
- FW 11,6%
- AfD 10,2%
- SPD 9,7%
- FDP 5,1%
- Die Linke 3,2%

28. Oktober: Landtagswahl in Hessen

- CDU 27,0%
- SPD 19,8%
- Grüne 19,8%
- AfD 13,1%
- FDP 7,5%
- Die Linke 6,3%
- Sonstige 6,5%

29. Oktober: CDU-Chefin Angela Merkel kandidiert nicht erneut für den Vorsitz ihrer Partei. Das kündigte sie in der Präsidiumssitzung am Montagmorgen an.

Ihren ursprünglichen Planungen zufolge wollte sie auf dem Parteitag im Dezember in Hamburg erneut antreten. Offenbar zieht Merkel nun Konsequenzen aus dem Abwärtstrend der CDU, der sich zuletzt bei der Landtagswahl in Hessen gezeigt hatte.

Kanzlerin will Merkel allerdings bleiben, wie sie im Präsidium ebenfalls ankündigte. Das ist abermals überraschend, weil Merkel bislang immer betont hatte, dass der Parteivorsitz und das Amt des Regierungschefs in eine Hand gehörten.

Ende der Causa Maaßen:

Am 5. November 2018 bat Bundesinnenminister Horst Seehofer den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, Maaßen in den einstweiligen Ruhestand mit sofortiger Wirkung zu versetzen, was am 8. November 2018 erfolgte.

Seit Mitte November halten Proteste und Straßenblockaden Frankreich in Atem. Die «Gelbwesten» fordern unter anderem mehr Steuergerechtigkeit und eine Verbesserung der Kaufkraft. Die Wut vieler richtet sich aber auch ganz allgemein gegen Macron und seine Reformpolitik.

Am 7. Dezember wird AKK im zweiten Wahlgang mit 517 zu 482 Stimmen zur Parteichefin der CDU gewählt.

Das Manager Magazin schreibt am 13. Dezember: Heil schlägt Steuerrabatt für Firmen mit Tarifbindung vor.

{Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat sich für Steuerrabatte für tarifgebundene Unternehmen ausgesprochen. "Wir sollten über Anreize für eine höhere Tarifbindung nachdenken", sagte das SPD-Präsidiumsmitglied der "Stuttgarter Zeitung" und den "Stuttgarter Nachrichten" (Donnerstag). "Weil die Tarifbindung eine Art öffentliches Gut ist, könnten wir sie als Gesetzgeber belohnen." ...}

Mein Kommentar zum letzten Punkt: Weil die Tarifbindung eine Art öffentliches Gut ist, könnte man Firmen, die sich davon verabschieden, als Gesetzgeber steuerlich entsprechend mehr belasten.